

# Der Textil-Arbeiter

**Verzinkt seid Ihr Nichts-  
Vereinigt Alles!**

## Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Er erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Berlin O. 27, Andreas-Strasse 61 III  
Fernsprecher: Amt Köpenick, Nr. 1078.

Anzeigen die dreigespaltene Kleinzeile 2 Mk., Arbeitsmarkt 50 Pf. Anzeigen, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm, Berlin O. 27, Andreasstr. 61 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 5388.

**Inhalt:** Die Demaskierung der Sozialistentöter. — Unsere Schreibweise (III). — Der Arbeiterkontrollrat und seine Funktionen (I). — Gemeinliche Wohnungsnachweise. — Aus der Geschichte der Organisationsbestrebungen deutscher Arbeiter. — Aus der Textilindustrie. — Besonderes für unsere Frauen. — Berichte aus Fachkreisen. — Verbandsanzeigen. — Unterhaltungsstück: Aus jungen Tagen.

unserer organisierten Arbeiterschaft ist vor allem das Ergebnis der von der Sozialdemokratie ausgeführten **Geistesarbeit**.

Wie mangelhaft damals schon der Patriotismus breiter Schichten der Besitzenden war — von dem skandalösen Verhalten bei der Bewachung des Volkes in der Gegenwart ganz abgesehen —, das liegt auch schwarz auf Weiß fest.

In Köln und anderen Orten beflagten sich die einberufenen Reservisten und Landwehrmänner Tag für Tag, daß ihnen die reiche Reute trotz Quartiergeldes das Nachtquartier verweigerten. In den Villenvierteln nahm man sie mürrisch auf, während in den Arbeitervierteln fast alle Familien ihr letztes mit ihnen teilten.

Die Kölner Stadtverwaltung erließ eine öffentliche Warnung, wonach künftig in solchen Fällen der Weigerung Geldstrafen bis 150 Mk. festgesetzt würden; außerdem sollten die Namen der sich Weigernden bekanntgemacht werden. Das ist doch gewiß nicht schmeichelhaft für die Geldsackleute, und man sollte heute meinen, daß sie wahrlich alle Ursache hätten, vom Schauplatz der Führung der Nation abzutreten und diese Tätigkeit einzig der Sozialdemokratie zu überlassen.

Mußte ja damals sogar der bekannte Reichsverband für Verbreitung von Lügen gegen die Sozialdemokratie öffentlich bekanntmachen, daß er genötigt sei, sein moralisch recht schmutziges Handwerk zu liquidieren.

Warum erwähnen wir diese Vorgänge, die sich ins Unzählige vermehren ließen? Nun, weil jetzt kapitalistische Kreise, die, während das schaffende Volk auf den Schlachtfeldern blutete und in der Heimat Arbeit, Not und Entbehrung trug, sich an Kriegsgewinnen bereicherten, die maßlose Frechheit besitzen, Geld zusammenzufamoren, um nach Beendigung des Krieges die Sozialdemokratie wieder so zu verleumben und politischer Verfolgung entgegenzuführen, wie das vor dem Kriege der Fall war.

Der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie erließ einen Aufruf, der rechtzeitig daran erinnert, daß nach dem Kriege der zweite Entscheidungskampf um die Zukunft Deutschlands beginnen wird.

Mit ungeheuren Mitteln wird uns der Kapitalismus entgegengetreten. Wenn nur die Unterzeichner des Schriftstückes selbst die von anderen geforderte Opferwilligkeit betätigen, so wird eine ungeheure Summe zusammenkommen, denn die Herren sind fast sämtlich feine reiche Großgrundbesitzer und Großindustrielle. Die Wenden sich aber nun mit ihrem Schrei nach Geld, Geld und nochmals Geld an ihre Klassengenossen, und wir zweifeln nicht daran, daß ihnen ein recht ansehnlicher Erfolg beschieden sein wird.

Noch keine Zeit hat so mächtige Kapitalanhäufungen gesehen wie die gegenwärtige. Während im Volk die bitterste Kriegsnot herrscht, werden von kleinen Kreisen der Bevölkerung Reichtümer auf Reichtümer gehäuft.

Kein Zweifel, bei den kommenden Entscheidungskämpfen werden wir einen Ansturm des Mammonismus erleben, von dessen Größe wir uns kaum noch eine Vorstellung machen können. In welchem Zustand wird dieser Ansturm das arbeitende Volk treffen? Von vornherein müssen wir uns sagen, daß wir uns an finanzieller Kraft mit unseren Gegnern nicht werden messen können. Und so bleibt uns als beste Waffe gegen diesen Ansturm der plumpen Materie nur unsere sozialistische Ueberzeugung, nur unser unerschütterlich festes Zusammenstehen. Als Volksheer, das für die eigene Sache sich, werden wir gegen die Soldnerheeren des Kapitals kämpfen.

Der Aufruf unserer Gegner muß jedem denkenden Arbeiter zeigen, um was es geht, und muß ihm die Erkenntnis einhämmern, daß es Wahnsinn ist, die Kräfte zu zersplittern. Auch die „Christlichen“ werden sich sagen müssen, daß in diesem Nietenkampf ihr Platz nicht auf der Seite des goldenen Kalbes ist, die wirklich liberal Denkenden werden einsehen müssen, daß der drohende Mammonismus der Tod jeder persönlichen Freiheit ist. Zu den Arbeitern werden sich die Angestellten, die Beamten gesellen, alles, was in Stadt und Land durch geistige und körperliche Arbeit Werte schafft, wird zusammenstehen müssen, damit wir nicht am Ende des Krieges einer unerträglichen Geldherrschaft erliegen.

Schon vor langer Zeit stellte die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ fest, daß nach dem Frieden auch die Forderung eines verstärkten Arbeitswilligen schutzes wieder aufgenommen werden sollte. Das Blatt schrieb damals:

„Die Forderung eines verstärkten Arbeitswilligen schutzes gehört zu denjenigen konzerpolitischen Problemen, die in einer Zeit,

die die lückenlose und entschiedenste Zusammenfassung aller nationalen Kräfte zur Bekämpfung des äußeren Feindes erfordert, im allseitigen Einverständnis der Parteien bis zur Wiederkehr ruhiger Zeiten von der gesetzgeberischen und parlamentarischen Behandlung ausgenommen sind. Wenn jetzt die Frage in der Tagespresse ventiliert und dabei — höchst vorzüglich — von der „Reizung“ zu einem gänzlichen Verzicht auf die früher an maßgebenden Stellen bestehenden Anschauungen gesprochen wird, so mögen derartige Äußerungen vor der Hand auf sich beruhen. An gut unterrichteter Stelle wird es jedoch für ausgeschlossen gehalten, daß bei der Reform des Reichsstrafgesetzbuches den Arbeitswilligen der Schutz, auf den sie nach Recht und Billigkeit Anspruch erheben dürfen, verweigert werden sollte.“

Wir halten es nicht für zweckmäßig, jetzt auf das einzugehen, was nach dem Frieden auf dem Gebiete des Rechtszustandes im Arbeitsverhältnis geschehen muß, um die schwarzen Pläne der Scharmacher zum Scheitern zu bringen. Wir zeigen zunächst ein mal nur, was im Lager geschworener Feinde eines kulturellen Aufstiegs der Arbeiterklasse vor sich geht. Was dagegen zu tun ist, das gilt es vorzubereiten. Vor allem gilt es für die Arbeiter, einig zu sein. Und zwar einig zu sein hinsichtlich der Mittel und Wege zur Beendigung des Krieges, als auch hinsichtlich der Verteidigung wirtschaftlicher und politischer Existenzrechte des arbeitenden Volkes. Mit der Beendigung des Krieges sind ja die Schwierigkeiten für die staatliche Gemeinschaft nicht vorüber. Im Gegenteil! Dann beginnen sie erst. Und wenn erst einmal die Bedrohung der Trabanten des fremdländischen Kapitalismus hinter uns liegen, dann, darauf können sich die Kreise der obigen Geldsammler verlassen, dann wird man nötigenfalls mit ihnen Gattur reden.

### Unsere Schreibweise.

III.

Nach dem Kriege wird aller Voraussicht nach die Beschäftigung weiblicher Personen in der deutschen Textilindustrie eine noch überwiegendere sein, als das gegen über der Zahl beschäftigter männlicher Personen in der Zeit vor dem Kriege schon der Fall war. Die Aktionen der organisierten Textilarbeiterschaft können daher im allgemeinen nur dann auf Erfolg eingestellt werden, wenn auch die weiblichen Beschäftigten von der Notwendigkeit durchdrungen sind, gemeinsam an Werk zu gehen, um günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erhalten und Verschlechterungen abzuwehren. Es ist durchaus verständlich, daß den bereits organisierten Personen diese organisatorische Frage große Sorgen macht; weiß man doch, daß es leider bei den weiblichen Personen meist viel schwerer hält als bei den männlichen, sich für den Beitritt zur Organisation zu entschließen. Es ist schon viel schwerer an die weiblichen Personen heranzukommen, um sie über den Zweck und Wert der Organisation aufzuklären. Die jüngeren weiblichen Personen stehen zum Teil in einem weit größeren Abhängigkeitsverhältnis zur Familie; viele Mütter, denen es auch an der nötigen Erkenntnis für die Zweckmäßigkeitsfragen der Zukunft der Mädchen fehlte, verbieten es diesen, in eine Versammlung zu gehen oder, wenn das nicht der Fall war, dann scheitert vielfach der Beitritt zur Organisation an der regelmäßigen Beitragszahlung. In den meisten Fällen verwaltet die Mutter den Lohn der Tochter, und wenn die Mutter aus einer Umgebung stammt, in der von Organisation niemals die Rede war, wie das z. B. in den Orten der Kleinhäuer der Fall ist, wo erwachsene Töchter in die Textilfabrik gefandt werden, da wird es leider oft als eine überflüssige Geldausgabe angesehen, Beiträge für die gewerkschaftliche Organisation zu zahlen. Viele dieser Mütter begehen den schweren Fehler, anzunehmen, für ihre Töchter sei ja die Fabrikarbeit nur eine Episode im Leben, die spätestens mit der Verheiratung ende, weswegen es viele dieser Mütter nicht für nötig halten, besondere Anstrengungen für Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu machen. Es war das schon vor dem Kriege in vielen Fällen eine trügerische Annahme; viele Töchter mußten auch nach der Verheiratung, ja dann erst recht, in die Fabrik arbeiten gehen. Nach dem Kriege, wo die Existenzmöglichkeit eine ganz unvergleichlich schwierigere als vor dem Kriege sein wird, wird in den meisten Fällen die Fabrikarbeit nach der Verheiratung der Mädchen beibehalten werden müssen, weshalb es natürlich um so wichtiger ist, Sorge tragen zu lassen, daß gute Löhne gezahlt werden und durch kurze Arbeitszeit und sonstige gute Bedingungen das Arbeitsverhältnis in einer Weise gestaltet wird, daß der Frau neben der Fabrikarbeit noch genügend Möglichkeit gegeben ist, die Arbeiten des Haushalts zu erledigen und auch als Mensch zu leben.

Gerade das Fehlen der letzteren Möglichkeit, das heute

### Die Demaskierung der Sozialistentöter.

Wir sind in das fünfte Kriegsjahr eingetreten. Und noch ist dem Wüten der Kriegsfurie nicht Einhalt getan; kein Zeichen regt sich, daß der Völkermwahnsinn, der vor vier Jahren zum Ausbruch kam, in den angerichteten Greueln ausgelöscht werde. Aber die Zeichen mehren sich dafür, daß die namhaftesten Vertreter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, einer Gesellschaftsordnung, deren moralische Grundbegriffe vom Zusammenleben der Völker in allen Ländern die tiefere Urursache lieferten zum Ausbruch dieses Völkermwahnsinns, wieder daran gehen, Gelder zu sammeln, die dazu dienen sollen, die Weltanschauung zu bekämpfen, die im Sozialismus ihre moralischen Grundbegriffe vom Zusammenleben der Völker hat und die demzufolge darauf hinarbeitet, die im Kapitalismus wurzelnden Ursachen zu Kriegskatastrophen zu beseitigen.

Vor vier Jahren, als das Unheil, das der internationale Kapitalismus über die Menschheit gebracht hat, hereinbrach, da ättertten die Kugnießer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung beim Ueberdenken der für sie hangen Frage, was wohl die Anhänger der sozialistischen Weltanschauung tun würden, ob sie teilnehmen würden an der Verteidigung des Landes gegen den Ansturm der Machtfaktoren des kapitalistischen Systems in den anderen Ländern oder nicht. Die Sozialisten taten es, sie verteidigten das Land und verteidigen es noch heute; allerdings nicht der kapitalistischen Weltordnung zu Liebe, die, wie ja heute für jedermann feststeht, die größte Weltanarchie erzeugt hat, sondern sie verteidigen das Land, weil es das Fundament bildet für den sozialistischen Gesellschaftsbau, für den in proletarischen Organisationen schon erhebliche Teile des Gerüstes aufgebaut waren und für den in den mancherlei staatlichen, kommunalen und wirtschaftlichen Errungenschaften dieser Organisationen schon Grundpfeiler gesetzt und Bausteine bereitgestellt waren, die nicht der Vernichtung ausgeliefert werden sollten.

Das war auch damals die Auffassung einsichtiger politischer Gegner der sozialistischen Weltanschauung. Schrieb doch damals Herr Friedrich Lohme, der Leiter der Bibliothek des Herrenhauses, in einem Aufsatz der „Süddeutschen Monatshefte“:

„Der Erwartung dürfen sich jedenfalls die rechtsstehenden Parteien nicht hingeben, als könnten mit Hilfe der großen nationalen Bewegung, die jetzt ganz Deutschland durchflutet, weite Kreise der sozialdemokratischen Bevölkerung wieder den bürgerlichen Parteien zugeführt werden.“

Und der konservative „Vogel-Anzeiger“, der in einem Leitartikel zu der hier in Frage stehenden Sache Stellung nahm, er hob hervor, was die Konservativen von der Sozialdemokratie trennt, sagte aber dann:

„Aber sollen wir deshalb das Große und Erhebende, was der modernen Arbeiterbewegung als solcher zweifellos anhaftet, nicht verstehen wollen, den Drang nicht nur nach wirtschaftlicher, sondern nach kultureller Aufwärtsbewegung des vierten Standes?“

Die Gegenwart zeigt heute, das lehrt uns die Wahlrechtsfrage in Preußen, daß jene Worte in die Luft gesprochen waren; es fällt den Konservativen gar nicht ein, den Drang des vierten Standes zu wirtschaftlicher und kultureller Aufwärtsbewegung zu verstehen. Und doch ist es der Erfolg jenes Dranges, der überhaupt erst die Vorbedingung geschaffen hat für die Behauptung des deutschen Volkes in diesem Sturm der Weltanarchie. Es wurde dies hervorgehoben in einem Aufsatz in der Halbmonatsschrift „Das freie Wort“, in dem der Verfasser Dr. phil. Karl Röbel schrieb, daß die ganze Nation nicht nur deshalb der Sozialdemokratie Dank schulde, weil sie geschlossen eingetreten sei für die Verteidigung des Landes, nein, sagt er weiter: Unser Dank geht viel weiter:

„Die deutsche Sozialdemokratie hat im Laufe der 2 1/2 Jahrzehnte seit Aufhebung der unseligen Ausnahmegesetze unermüdet und mit beispiellosem Erfolge daran gearbeitet, unser körperlich schwer arbeitendes Volk geistig mündig zu machen. Und nur weil ihr diese Arbeit durchaus glückte: weil die breiten Massen unseres Proletariats heute fraglos interessiert sind an den Geistesgütern unserer Nation, nur deshalb erhob sich unser Volk wie ein Mann, als die drei mächtigsten Reiche der Welt über uns herfielen. Und auch die — man muß es doch einmal aussprechen — unsere Bürgerkreise geradezu tief begeisterten Opferwilligkeit

leider bei der Mehrzahl der arbeitenden Frauen in der Textilindustrie zu berechnen ist, gerade das ist es, was dazu beiträgt, daß dann auch viele verheiratete weibliche Personen nicht in die Arbeitervereinigungen der Organisationen kommen, um sich über die Mittel zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen, beruflichen und politischen Interessen zu unterrichten.

Dazu kommen noch andere der Organisation hinderliche Momente. Die Frau, und namentlich die mit großer Familienlast geplagte, ist leider häufig so niedergedrückt, daß sie selten wieder die Kraft aufbringt, sich mit dem Streben aufzurichten, ein freier Mensch zu sein. Dieser nehmen leider noch viele Frauen größere Not und Entbehrungen auf sich, als etwaiges Ungemach, das sich vorübergehend einstellen kann, wenn man mit der Organisation gegen diese Not und die Entbehrungen ankämpft.

Mit einem Wort gesagt, die Gewinnung der Arbeiterinnen für die Solidarität im Handeln mit den Kollegen und Kolleginnen im Verufe ist schwer. Es ist auch schwer, die Arbeiterinnen bei der Stange zu halten. Sie sind nur zu geneigt, einem oft nur vermeintlichen augenblicklichen Vorteil nachzugehen, anstatt in einer Organisation positiv tätig zu sein, deren Erfolge oft erst später zum dauernden Vorteil für die Arbeiter ausreifen.

Da war es nun immer der Wunsch der Mitglieder des Verbandes, daß auch im „Textilarbeiter“ den Aufgaben der Agitation unter den Arbeiterinnen besondere Beachtung geschenkt werde. Dieser Wunsch deckte sich auch mit unserer Auffassung. Vor dem Kriege, wo unser Blatt achtschneitig erschien, haben wir auch dem Wunsche in einer Weise Rechnung getragen, die allgemeine Zustimmung fand. Durch Veränderungen im Krieg sind wir sehr gegen unseren Willen von der damaligen Einteilung des Lesestoffes verdrängt worden. Anfangs, unter dem allgemeinen Eindruck, es gebe einen Krieg von nur kurzer Dauer, wurde unser Blatt von acht auf zwei Seiten reduziert. Dann, als wir auf den jetzigen Umfang des Blattes kamen, tauchten Fragen auf, die durch den Krieg hervorgerufen waren und die uns viel Raum in Anspruch nahmen. Erinnert sei nur an die Bekämpfung des Arbeitslosigkeit, an die Erwerbslosenfürsorge, an die zahlreichen tiefeinschneidenden behördlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben unserer Industrie. Es kam die Rohstoffskala mit, es kamen die Einwirkungen des Hilfsdienstgesetzes, die Fragen der Erbschaftsteuer; alles Fragen von allerschwerster Wichtigkeit für die männlichen und weiblichen Kollegen. Und so sehr wir auch anerkennen, daß unser Blatt den weiblichen Mitgliedern etwas Besonderes an Lesestoff bieten soll, so sehr sind wir jedoch der Ansicht, daß die Behandlung wichtiger Berufsfragen, die für beide Geschlechter gleich nötig ist, den Vorrang beanspruchen muß, wenn der Raumangel Schwierigkeiten macht. Denn die Auffassung ist doch wohl hoffentlich allgemein, daß in unserem Verbandsorgan die mit dem Berufsleben zusammenhängenden Fragen nicht gesondert für Männer und Frauen behandelt werden sollen; womit nicht gesagt wird, daß es nicht auch notwendig sein kann, solche Fragen speziell vom Standpunkt der Frauen aus zu behandeln. Das haben wir auch bisher immer getan. Die Frage der Arbeitszeit z. B., auch die Frage des freien Sonnabendnachmittags, die Frage des Vergleichs der Frauenlöhne mit den Männerlöhnen und ähnliches, das sind Fragen, die vom Standpunkt der Frauen aus speziell für die Frauen behandelt werden müssen und auch bei dem verringerten Raum so behandelt worden sind. Aber darüber hinaus alle Fragen von allgemeinem Interesse so gesondert zu halten, das ist überflüssig und schädlich. Unsere Kolleginnen sind die Kampfgenossinnen der Kollegen und sollen auch auf dem Gebiete der Schulung für den Kampf mit den Kollegen in gleicher Weise unterrichtet werden. Daher wäre es ganz unzweckmäßig, etwa eine besondere Frauenzeitung innerhalb der Organisation herauszugeben. Einige Gewerkschaften, deren weibliche Mitgliederzahl während des Krieges erheblich gestiegen ist, sind dazu geschritten, ein besonderes Frauenblatt zu gründen. Der Inhalt dieser Blätter zeigt aber, daß er nicht besteht aus fachgemäßen Lesestoff, sondern aus Lesestoff über Fragen, die mit dem Beruf der Arbeiterin als Mutter und Kindererzieherin zusammenhängen.

Natürlich ist das sehr dankenswerter Lesestoff, und unsere Leser erinnern sich, daß wir vor dem Kriege eine Rubrik hatten „Für Mutter und Kind“, die auf diesem Gebiete guten Lesestoff enthielt. Auch in der Rubrik „Für unsere Frauen“ hatten wir solchen Lesestoff untergebracht. Und wenn uns wieder mehr Raum zur Verfügung gestellt wird, dann werden wir bemüht sein, auf diesem Gebiete die Tätigkeit wieder aufzunehmen. Es ist nicht zweckmäßig, solche mit dem Mutterberuf zusammenhängende Fragen in einem besonderen Blatte zu behandeln. Sie sollen doch ein Mittel sein, das Interesse für Berufsfragen zu wecken, darum müssen sie in derselben Zeitung platziert sein, wo die Berufsfragen erörtert werden. Es wird dann, wenn die Kollegin nach dem Lesestoff über Fragen des Mutterberufs usw. sucht, nicht ausbleiben, daß ihr Blick und Interesse auch haften bleibt an dem Lesestoff über Berufsfragen, und so wird dann die Brücke von dem einen zum anderen geschlagen. Gelingt es uns, wieder mehr Raum zur Verfügung zu erhalten, dann muß der Lesestoff für Arbeiterinnen, von dem hier aufgestellten Gesichtspunkt aus betrachtet, geordnet werden. Vorläufig behelfen wir uns mit der kleinen Rubrik: „Besonderes für unsere Frauen“. Wir sind aber dafür, daß wenn wir wieder mehr Raum zur Verfügung haben, auf einer besonderen Seite solcher Lesestoff für Frauen angeordnet wird.

Zum Schlusse wollen wir jedoch nicht unterlassen, zu sagen, daß außer von der Kollegin Hoppe, die uns in sehr dankenswerter Weise mit Lesestoff für die Arbeiterinnen unterstützt hat, von den vielen Kolleginnen im Lande so gut wie gar nichts eingesandt worden ist. Wir wissen aber, daß eine Anzahl Kolleginnen durchaus befähigt sind, ihre Gedanken zum Ausdruck zu bringen. Sie sollten das nicht nur in Form der Kritik, sondern vor allem in Form positiver Mitarbeit.

## Der Arbeiterkontrolleur und seine Funktionen.

### I.

In allen Industriestaaten hat die behördliche Gewerbeaufsicht sich mit einer Gegnerschaft der Betriebsunternehmer und auch nicht vereinzelt mit der fatalistischen Gleichgültigkeit eines beträchtlichen Teils der Arbeiter abfinden müssen. Und doch bedarf es wohl heute keiner Worte mehr, daß zur Durchführung der gewerblichen Schutzmaßnahmen die sich wiederholenden Betriebsrevisionen unbedingt erforderlich sind; davon ist man auch in allen Regierungskreisen vollständig überzeugt. Aber die ganze so unzweckmäßige und unwirksame Art, wie sich diese Aufsichtstätigkeit durchsetzte und geltend machte, mußte bei den Arbeitern ein nicht zu unterschätzendes Mißtrauen erzeugen. Von der Entwicklung der Fabrikinspektion in dem industriellen Musterstaat England gibt Karl Marx in seinem Werk „Das Kapital“ eine hochinteressante Darstellung. Von geschichtlicher Bedeutung darin ist die Durchführung des „Mines Inspektions-Akts“ von 1860, wonach Bergwerke von öffentlichen Beamten zum Arbeiterschutz revidiert werden sollen. Hierbei wirkte ein Ausschluß von Unterhausmitgliedern mit, worin auch Mineneigner vertreten waren, und der im weiteren zu dem Zweck durch persönliche Befragung der Arbeiter Untersuchungen anstellte. Nach den Mitteilungen eines der Blaubücher von 1866 sind die darauf bezüglichen Fragen der Examinatoren und die Antworten der Arbeiter recht bezeichnend und auch für unsere Zeit noch wertvoll; hier einige Beispiele: Die Arbeiter beklagen sich über die schlechte Ventilation der Kohlengruben usw. Frage: „Warum wendet Ihr Euch nicht an den Inspektor?“ Antwort: „Viele Männer sind sehr furchtsam. Es kam vor, daß ein Bergmann seine Beschäftigung verlor, weil er sich an einen Inspektor gewandt hatte.“ Frage: „Glauben Sie, daß die Gruben in Ihrer Gegend genügend inspiziert werden?“ Antwort: „Nein. Sie werden überhaupt nicht inspiziert.“ ... Seit 7 Jahren ist der Inspektor gerade einmal in der Grube gewesen. Ein alter Mann von mehr als 70 Jahren soll mehr als 180 Kohlengruben überwachen. Neben mehr Inspektoren brauchen wir Subinspektoren.“ Frage: „Wenn Ihr von Subinspektoren spricht, meint Ihr

Leute mit weniger Gehalt und von niedriger Art? — Antwort: Wir brauchen Leute, die sich in den Minen selbst umtummeln, Leute, die keine Angst für ihre eigene Haut haben usw.“ — „Ihr wollt“, jagte dann kurz der Präsident der Kommission, „praktische Leute, die sich in den Minen selbst umsehen und an den Inspektor berichten, der dann seine höhere Wissenschaft verwenden kann.“ Hier zeigte sich, daß in klarer Erkenntnis der Dinge der fortgeschrittene Teil der Arbeiter sich nicht mit einer scheinbaren oder oberflächlichen Betriebsrevision zufrieden geben wollte, sondern wirksamer eine solche von praktischen Fachleuten, von Subinspektoren oder Arbeiterkontrolleuren forderte.

Jedes Arbeiterschutzgesetz und jede zur Durchführung desselben notwendige Betriebsüberwachung wurde, wie in England so in Deutschland, von den Unternehmern mit dem Argument bekämpft, „daß dadurch die Entwicklung oder der Bestand des Gewerbes oder der Industrie gefährdet würde“. Zur weiteren Unterstützung des arbeiterschutzfeindlichen Widerstandes gegen eine Betriebsrevision wurde dann noch mit Betriebs- oder Fabrikationsgeheimnissen und anderen Einwänden operiert. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Unternehmer in Deutschland auch ohne besondere gewerbliche Schutzgesetze oder Unfallverhütungsvorschriften auf Grund der Reichs-Gewerbeordnung (§ 120a), des Strafgesetzes (§§ 222, 230) und des Bürgerlichen Gesetzbuches (§ 823) verpflichtet sind, ihre Beschäftigten gesundheitlich zu schützen. Es liegt also im eigenen Interesse der Unternehmer, hier schutzfördernd einzugreifen. Dabei bedurfte es doch einer jahrelangen Einwirkung durch die Sozialgesetzgebung und strenger Zwangsmaßnahmen, um die Unternehmer und deren Betriebsleiter nur einigermaßen zu einem Entgegenkommen zu bewegen.

Neben der staatlichen Gewerbeaufsicht besteht noch die der ordentlichen Polizeibehörde und der Berufsgenossenschaften. Mit Ausnahme der süddeutschen Bundesstaaten kommt dabei die staatliche Gewerbeaufsicht für das Baugewerbe nur begrenzt für einzelne Berufe, wie Maler, Anstreicher und Steinmetzen, in Betracht. Wie die Zahl der staatlichen Aufsichtsbeamten (Gewerbeinspektoren) in keinem Verhältnis zu ihren Aufgaben und der Zahl der Betriebe steht, so haben auch bis zurzeit mit geringen Ausnahmen die Berufsgenossenschaften es nicht für nötig gehalten, in einem ausreichenden Maße für eine Betriebsüberwachung einzutreten. Nach dem älteren Unfallversicherungsgesetz von 1884—1885 bis zum 30. Juni 1900 hatten die Berufsgenossenschaften die rechtliche Befugnis, durch technische Beauftragte die Betriebe zur Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften überwachen zu lassen; jedoch wurde von dieser Befugnis nur ein geringer Gebrauch gemacht. Im Jahre 1900 betrug die Zahl dieser angestellten Beauftragten bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften zur Revision von 478 752 Betrieben 232, und davon entfielen auf das Baugewerbe 45. Von den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften wäre hierzu überhaupt nicht zu reden, die verzeichneten nur 6 dieser Angestellten. Zu alledem kommt, daß die Beauftragten nach dem Aufwandsdienst durch anderweitige Bureauarbeiten entzogen werden. Daraus mußte sich selbstverständlich eine geringe Revisionsfähigkeit mit der Folge einer Zunahme der Unfälle und einer steigenden finanziellen Belastung durch Entschädigungsbeträge ergeben. Aber die Dinge mußten noch einen anderen Charakter annehmen. Um das Manco von technischen Beauftragten und Betriebsaufsicht auszugleichen oder zu ersetzen, behelfen sich vielfach die Berufsgenossenschaften mit ihren „Vertrauensmännern“ oder deutlicher mit den versicherungspflichtigen Unternehmern selbst; das heißt, der „vertrauliche Unternehmer“ revidierte in seinem Bezirk die Betriebe seiner Freunde und die seiner Konkurrenten. — In dem abgeänderten Unfallversicherungsgesetz vom 30. Juni 1900 wurden dann die Genossenschaften verpflichtet, für die Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften Sorge zu tragen und waren befugt, zu deren Befolgung durch technische Aufsichtsbeamte die Betriebe überwachen zu lassen.“ Damit waren die Vertrauensmänner ausgeschlossen. Diese geringe Reform konnte nicht dazu ansetzen, eine großzügige Verbesserung der Überwachungstätigkeit herbeizuführen. Die Berufsgenossenschaften suchten natürlich diese Fragen in eine für sie günstige Beleuchtung zu rücken. Und dazu mußten die Jahresberichte erhalten, worin dann viel über das Unfallverschulden der Arbeiter geschwieben wurde. Damit konnte

## Aus jungen Tagen.

Jugenderinnerungen eines Arbeiters.  
Von P. Trimmerborn.

### I.

Wenn ich in stillen Stunden sinnend meiner Kindheitstage gedanke, längst entschwundene sonnige und trübe Jugendtage im Geiste immer wieder neu erlebe, dann gedanke ich dabei stets in tiefer, aufrichtiger Verehrung meiner guten, lieben Mutter. In guten und bösen Tagen war sie ihrem Jungen das, was eine richtige Mutter ihrem Kinde immer ist: die treueste Beschützerin, die liebevollste Helferin und die beste Beraterin in all den Fragen und Nöten, die in der kindlichen Gedankenwelt eine Rolle spielen.

Ich bin als ledig Kind geboren. Die Kindheitstage unehelicher Kinder sind meist keine Tage frohen, ungetriebenen Glücks; sittenstrenge, fromme Naturen, die nie im Leben vom engen Pfad der Tugend abweichen, sind allzuschleunig geneigt, Kindern der freien Liebe, weil sie nicht im legitimen Ehebett gezeugt wurden, eine möglichst starke Dosis Geringschätzung und Verachtung entgegenzubringen. Kinder sind im allgemeinen sehr sensitive Naturen, sie fühlen instinktiv, welche Gefühle Erwachsene ihnen gegenüber an den Tag legen, und auch ich habe in meinen Kindheitstagen oft unter dieser Unvernunft gelitten; in den Freudenbecher frohen Kinderlücks fielen bei mir schon sehr frühzeitig bittere Tropfen.

Meiner Mutter Eltern waren arme, rechtschaffene Kleinbürgerleute. In dem kleinen rheinischen Luchmacherstädtchen, in dem ich das Licht der Welt erblickte, betrieb mein Großvater eine Bäckerei. Die Einkünfte aus dem Geschäft waren recht mager; sie reichten kaum hin, die mit Kindern reich gesegnete Familie über Wasser zu halten, und so mußte meine Mutter schon frühzeitig zum Unterhalt der Familie mit beitragen. Frühmorgens und abends half sie dem Vater in der Backstube oder sie trug Backwaren aus; tagsüber ging sie als Spinnereiarbeiterin zur Fabrik. Es mag für meine Mutter manchmal recht schwer gewesen sein, wenn sie nach zwölfstündiger, angestrengtester Arbeit im staubgeschwängerten Fabriksaal abends todmüde nach Hause kam und dann in der Backstube den Ge-

zellen ersehen oder den schweren Brotkorb durchs Städtchen schleppen mußte. Auch der Großvater arbeitete nebenbei bei anderen Kleinmeistern; aber trotz allen Fleißes ging es mit dem Geschäft immer mehr herab, bis eines Tages der Zusammenbruch da war und die so mühsam aufgebraute selbständige Existenz des Großvaters in Trümmer ging.

Wer eigentlich mein Vater war, habe ich erst in reiferen Jahren erfahren. Als Sohn eines begüterten Mühlenbauers hatte er meine Mutter kennen gelernt und mit dem unerfahrenen Mädchen ein Verhältnis angeknüpft. Als nach einiger Zeit die Folgen nicht ausblieben, überließ der Ehrenmann die von ihm betörte ihrem Schicksal und gab sie der Schande und der Klatschnacht im Städtchen preis. Nach den katholischen Moralanstaltungen, die in unserem Zentrumstädtchen naturgemäß stark die öffentliche Meinung beeinflussten, ist ja nichts schlimmer und sittenloser als wie eine uneheliche Geburt — ein mit dem Makel der freien Liebe behaftetes Kind trägt nach kirchlichen Moralbegriffen das Ainszeichen moralischer Minderwertigkeit an der Stirn — aber diese strenge Verurteilung der freien Liebe hindert die frommen Seelen nicht, den Verführer mit viel milderem Maße zu messen als wie dessen Opfer. Das Prestige des Mannes wird meist nicht gefährdet; ungehindert kann der uneheliche Vater nach wie vor in der öffentlichen Meinung seines Ortes eine führende Rolle spielen, während auf die uneheliche Mutter Steine über Steine geschleudert werden.

Auch in meinem Falle war es nicht anders. Mein Herr Vater ist sein Lebtag stets eine starke Stütze der Kirche gewesen; kein Sonntag, an dem er nicht wenigstens zweimal zur Kirche lief und keine Wahl, wo er nicht als strammer Ordnungsmensch gegen die „schamlose Verkünderin der freien Liebe“, wie einmal das örtliche Zentrumblättchen die Sozialdemokratie bezeichnete, vom Leder zog.

Meine Mutter hat dem Musterchristen, seit er sie so elend preisgegeben und der Schande überlassen hatte, stets die Portion Verachtung entgegengebracht, die der Mensch verdiente; gequält über ihr Unglück aber hat sie sich bis auf den heutigen Tag.

Ich selbst habe in meiner Jugend den Vater nicht vermißt. Die Großeltern, bei denen ich aufwuchs, eretzten mir die fehlende Vaterliebe und verhätschelten den Enkel mehr, als wenn er ihr eigen Kind gewesen wäre.

Meine ersten Jugenderinnerungen fallen in jene Zeit, in der der Großvater noch selbständiger Wäckermeister war. In der Kleinen, dumpfen Backstube habe ich manche Stunde beim Großvater gewollt. Der alte Mann sah in seinem Neukeren allem anderen eher ähnlich denn einem behäbigen Wäckermeister. Zu jener Zeit, Anfang der achtziger Jahre, stand der erste Kanzler des Deutschen Reichs, Fürst Bismarck, auf dem höchsten Gipfel seiner Macht, sein Bild erschien in allen Zeitungen und Zeitschriften, und so hatten sündige Nachbarn bald heraus, daß mein Großvater in seinem Neukeren einige Ähnlichkeit mit dem eisernen Kanzler hatte. Ich bin in meiner Jugend auf diese Ähnlichkeit meines Großvaters mit dem berühmten Bismarck nicht wenig stolz gewesen; der alte Mann selbst freilich, der Zeit seines Lebens ein ehrlicher, katholischer Demokrat der alten Schule war und oer infolgedessen in dem Altreichskanzler den schärfsten politischen Gegner sah, wollte diese Ähnlichkeit durchaus nicht anerkennen. Dunkel erinnere ich mich noch der politisierenden Zirkel, die gelegentlich beim Großvater stattfanden und bei denen es mitunter recht lebhaft zuging. An schönen Sommerabenden saßen die Alten der Nachbarschaft, ihr Pfeifchen rauchend, in unserem Hofe vor der Backstube, besprachen Fragen der hohen Politik und kritisierten so gut und so schlecht, wie sie als einfache Männer aus dem Volke es eben verstanden. Als kleiner Knirps scherte ich mich damals den Teufel um die Politik; ich horchte aber doch auf, wenn der Großvater anfang, von Anno 1848 zu erzählen, wo er als Achtzehnjähriger insofern aktiven Anteil an der großen Volksbewegung nahm, als die gesamte Schuljugend des Städtchens mit der Freiheitsfarbe an der Mütze um den auf offenem Markte aufgepfanzten Freiheitsbaum tanzte und im Chorus sang:

Freiheit, die Republik,  
Wären wir doch die Preußen quitt!

Den ferngesunden Haß gegen die Preußen hat der Großvater bewahrt bis er gestorben ist, und in seinen Wunsch nach einem neuen Jahr Achtundvierzig flocht er stets das Bedauern ein, daß die große Volksbewegung damals einen so unbefriedigenden Ausgang nahm.

unmöglich das Mißtrauen in den Kreisen der Versicherten zurückgedrängt werden.

Schon anfangs der neunziger Jahre gingen in den größeren Orten die Gewerkschaften dazu über, Arbeiterkontrolleure zu bilden und die Mitwirkung von Arbeiterkontrolleuren bei der Betriebsüberwachung bestimmter und eindrudsvoller zu fordern. Im Vordergrund dabei waren, wie leicht zu verstehen, die Arbeiter der Gefahrendustrie und die Bau- und Bergarbeiter tätig. In den Versammlungen, auf Gewerkschaftskonferenzen und von den Arbeitervertretern in den Parlamenten, im Reichstage, in den Singellandtagen und Gemeindefollegien, wurde die entsprechende Forderung gestellt: daß bei der staatlichen oder sonstigen behördlichen Gewerbeaufsicht für die einzelnen Gewerbe, Bezirke und Wirtschaftsgebiete praktisch geschulte Kontrolleure aus den betreffenden Kreisen der Arbeiter angestellt und vom Staate oder der Gemeinde zu besolden sind. Die Anstellung dieser Kontrolleure soll von den volljährigen Arbeitern durch Wahlen nach dem Wahlmodus der Gewergerichtswahlen erfolgen. Bei dieser Agitation griffen die Arbeiterkongresskommissionen der Gewerkschaftskartelle, der Bau-, Berg- und Holzarbeiter usw. durch Erhebungen über die Schuzzustände in den Betrieben praktisch ein, womit ein wertvolles Tatsachenmaterial beschafft wurde.

Die Argumente gegen diese Forderung der Arbeiter sind zum übergroßen Teil aus dem alten Arsenal der Klassenherrschaft und des Unternehmerdünkels entnommen. „Die Betriebsautorität des Unternehmers“, so hieß es in der Unternehmerpresse, „wird durch die demagogische Geze der sozialdemokratischen Kontrolleure untergraben, und dadurch im weiteren die privatkapitalistische Produktion sowie die ganze bürgerliche Gesellschaft in ihren Grundlagen erschüttert.“ Wie wenig man im Lager der Unternehmer sich ernstlich der Mühe unterzogen hatte, diese Argumente zu prüfen, davon zeugt die ganze Unsinnigkeit dieser Einwendungen; wo von seiten der Arbeiter immer wieder öffentlich betont wurde: daß sich der Arbeiterkontrolleur in den Betrieben aller politischen und gewerkschaftlichen Agitation zu enthalten und nur in einer vorurteilsfreien Art seine Pflicht zu erfüllen hat. Für jeden gerecht und vernünftig Denkenden liegen die Dinge auch sehr einfach und klar. Kein Arbeiterkontrolleur, der im Anschluß an amtliche Stellen, nach einer Dienstinstruktion und unter Leitung eines Vorgesetzten eine Tätigkeit ausübt, würde bei einer einseitigen und unsachlichen Parteinahme erfolgreich seinen Aufgaben gegenüber dem Arbeiterschutz gerecht werden können; was diese Angelegenheit bis zurzeit mit Erfolg geleistet haben, ist hinreichend bekannt. Aber tatsächlich ergibt sich doch, daß eine beträchtliche Zahl der Unternehmer hier, wie überhaupt in der kapitalistischen Gesellschaft, es als selbstverständlich ansehen, daß alle öffentlichen Einrichtungen, so auch die der Gewerbeaufsicht, von ihren Gesichtspunkten geleitet und in den Dienst ihrer wirtschaftlichen Interessen gestellt werden. Diese Grundanschauung ist die Quelle von allen arbeiterschuldigen Verdächtigungen. Daher muß, wie auch leicht zu verstehen, einem Teil der Unternehmer eine strengsachliche Tätigkeit der Arbeiterkontrolleure immer unbequem sein. Aus diesem Geist ist auch der Einwand geboren, der Arbeiter besitzt zur Betriebsaufsicht nicht die nötige technische Vorbildung. Wunderbar sind hier die Wege des Herrn! Während die Unternehmer aus Zweckmäßigkeitsgründen in ihren Betrieben selbst geeignete Arbeiter zu Borarbeitern, Lehrmeistern usw. erziehen, ausbilden und anstellen, und das Letztere sogar mit strafrechtlicher Verantwortlichkeit (R.W.O. § 918), sollen hier solche Leute nicht zu verwenden sein. Daß zum Arbeiterkontrolleur nicht jeder, sondern nur Personen mit einer geeigneten praktisch-technischen Befähigung und einer bestimmten moralischen Qualifikation zu gebrauchen sind, ist eine selbstverständliche Voraussetzung. Ohne den bedeutenden Wert der technischen Hochschulbildung der Gewerbeaufsichtsbeamten für die betriebstechnische Ueberwachung zu verkennen, so fehlt doch dabei die praktische Schulung, zu deren Aneignung immerhin Jahre gehören. Hier soll der Arbeiterkontrolleur als Gewerbeaufsichtsassistent durch die Kenntnisse der Betriebseinzelheiten unterstützt eingreifen.

Nach dem „Ministerialblatt für Handel und Gewerbe“ vom März d. J. fegt die Verleihung der Stelle eines preußischen Gewerbeaufsichtsbeamten (Gewerbeamts, Gewerbeinspektor, Regierung- und Gewerberater) voraus: 1. das Reifezeugnis einer neunmonatigen höheren Lehranstalt; 2. ein dreijähriges technisches Studium; 3. das Bestehen der Diplomprüfung als Gütten- oder Maschineningenieur oder Chemiker oder der Doktorprüfung, wenn dabei Chemie das Hauptfach bildete, oder der Bergreferendarprüfung; 4. ein einjähriges praktisches Arbeiten auf einem Güttenwerk oder in einem verwandten Betriebe oder im Maschinenbau oder der zweijährige Leitung eines solchen Wertes usw.; 5. ein anderthalbjähriges Studium der Rechts- und Staatswissenschaften usw. Für Offiziere der Marine und der technischen Truppenteile, die durch den Krieg invalide geworden und die Felddienstfähigkeit verloren haben, sind die Anstellungsbedingungen zum Gewerbeaufsichtsdienst beträchtlich günstiger.

Bei der Mitwirkung dieser Kontrolleure bei der Ueberwachung der Betriebe wird es sich vor allem um die weitgehendsten praktischen Kenntnisse handeln, die sich nur durch langjährige Uebung auf der Art des Gewerbes oder des Berufes zum Vorteil für eine derartige Tätigkeit ergeben können. Deshalb dürfen nur ganz befähigte Arbeiter bei dieser Anstellung in Frage kommen, die außer den Jahrzehnten sich mindestens 5 Jahre als Gehilfen in ihrem Gewerbe betätigt haben. Wenn nun diesen Arbeitern eine gute Fachschulbildung oder die Kenntnisse einer technischen Mittelschule zur Verfügung stehen, wie sie bei industriellen Werkmeistern, Baupolierern, Bruchmeistern in Steinbrüchen, Steigern im Bergbau usw. schon jetzt vorhanden sind oder verlangt werden, so wird das immerhin von Wert sein. Im übrigen aber wird es für die Aufsichtsbehörde wie das Landesgewerbeaufsichtsamt, den Baupolizei- und Bergbehörden, Berufsgenossenschaften usw. zum jeweiligen Stand der technischen Entwicklung allgemein geboten erscheinen, ihre Aufsichtsbeamten in den Wintermonaten durch Unterrichtscurse, wie es zum Teil schon jetzt geschieht, von dem Wesentlichen dieser Entwicklung zu unterrichten. Wenn die Tätigkeit der Gewerkschaftsorganisationen dazu angetan war, das Verständnis für den Gewerbeaufsichtsdienst zu erweitern, so wird sich für den Arbeiterkontrolleur ein nicht unbeträchtlicher Vorteil daraus ergeben, daß er in einer größeren Fühlung mit den organisierten Arbeitern und deren Schutzkommissionen stehen kann und dadurch von den Betriebsmissetänden zuverlässiger unterrichtet wird. Im weiteren werden sich daraus für diese Kontrolleure die Möglichkeiten bieten, auch durch Vorträge über den gewerblichen Gesundheitsschutz unmittelbar auf die Arbeiter einzuwirken.

## Gemeindliche Wohnungsnachweise.

D. W. A. Für die Kreise der Wohnungsreform wird die Entwicklung der gemeindlichen Wohnungsnachweise von Interesse sein. Einer Darstellung des Kaiserlichen Statistischen Amtes über diesen Gegenstand in Nr. 6 des „Reichsarbeitsblattes“ entnehmen wir einige interessante Angaben: Im Jahre 1911 bestanden erst in 24 Städten gemeindliche Wohnungsnachweise. Die bestehenden Wohnungsnachweise hatten aber keinen vollständigen Erfolg, weil es den meisten an einer gesetzlichen Meldepflicht fehlte und daher ein lückenloses Angebot der leerstehenden Wohnungen nicht erzielt werden konnte. Zuerst wurde für den Stuttgarter Wohnungsnachweis der Meldezwang auf Grund einer polizeilichen Vorschrift im Jahre 1902 durchgeführt, und zwar für Wohnungen aller Größen. Erst eine Reihe Jahre später schlossen sich andere Städte diesem Vorgehen an. Im Jahre 1911 wurde in Charlottenburg die An- und Abmeldung kleiner Wohnungen bis zu 2 Wohnräumen durch Polizeiverordnung vorgeschrieben. Königsberg führte die Meldepflicht in ähnlicher Weise im Jahre 1912 ein, Berlin-Schöneberg im Jahre 1913. Braunschweig und Mainz schrieben den Meldezwang für das Vermieten von Wohnungen aller Größenklassen im Frühjahr 1918 vor. Für Dresden sollte am 1. Juli d. J. ein amtlicher Wohnungsnachweis errichtet werden mit Meldepflicht. Bei den gemeindlichen Wohnungsnachweisen ohne Meldezwang, die durch Androhung von Ordnungsstrafen, durch Auffklärung über die Benutzung und dergleichen ein möglichst vollständiges Angebot zu erzielen versuchten, beschränkte sich die Vermittlungstätigkeit vielfach auch auf Kleinwohnungen, so z. B. in Freiberg i. S., in Siegen und in Straßburg. Der gemeindliche Wohnungsnachweis soll vor allem dem Wohle der minderbemittelten Schichten der Bevölkerung dienen. Eine besondere Zusammenstellung über die Wohnungsuchenden nach Berufsarten beim Wohnungsnachweis in Barmen ergibt auch tatsächlich, daß vor allem gelernte und ungelernte Arbeiter beiderlei Geschlechts den dortigen städtischen Wohnungsnachweis in Anspruch nahmen. — Die Darstellung im „Reichsarbeitsblatt“ gibt ferner die Ergebnisse einer Umfrage über die Tätigkeit der städtischen Wohnungsnachweise, die die Abteilung für Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes im März 1917 bei 17 Städten mit gemeindlichen Wohnungsnachweisen veranstaltet hat. Die angegebenen Zahlenreihen weisen auf einen zunehmenden Mangel an Wohnungen, namentlich an Kleinwohnungen, hin und bestätigen somit die Ergebnisse der amtlichen Statistik über die Bautätigkeit und den Wohnungsmarkt in deutschen Städten.

Ein neuer wichtiger Entwicklungsabschnitt dürfte jetzt für die gemeindlichen Wohnungsnachweise dadurch gegeben sein, daß die Gesetzgebung sich neustens mehrfach des Gegenstandes angenommen hat. Für Preußen wird die Einführung gemeindlicher Wohnungsnachweise durch Art. 6 § 1 Abs. 5 des preußischen Wohnungsgesetzes vom 28. März 1918 einheitlich geregelt. Danach ist den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern zur Pflicht gemacht, gemeindliche Wohnungsnachweise mit Meldezwang zu errichten. In Bayern wurden durch Entschlüsse vom 18. Januar 1917 über den „Ausbau des Wohnungswesens“ die Regierungen, Kammern des Innern und die Bezirksämter auch auf die Wichtigkeit eines „unentgeltlichen, paritätischen und durchaus unabhängigen Wohnungsnachweises“ aufmerksam gemacht, wobei allerdings der Meldezwang nicht erwähnt wurde. In Baden wurde im April d. J. ein Gesetzentwurf über die Meldepflicht zum Wohnungsnachweis von der Ersten Kammer angenommen mit der Bestimmung, daß die Meldepflicht durch ortspolizeiliche Vorschriften eingeführt werden kann. Von besonderem Interesse ist vielleicht auch noch, daß, wie in den Kreisen des Deutschen Vereins für Wohnungsreform vor einiger Zeit mitgeteilt wurde, in Frankfurt a. M. ein ziemlich wirksamer Druck zur Anmeldung der vermietbaren Wohnungen dadurch ausgeübt wird, daß auf Grund einer Verfügung des Stellvertretenden Generalkommandos die Zeitungen Anzeigen dieser Wohnungen nur bringen dürfen, wenn ihnen zuvor die Bescheinigung über Anmeldung der Wohnung beim städtischen Wohnungsnachweis vorgelegt wird. Man wird nach alledem ein starkes äußeres und inneres Fortschreiten der gemeindlichen Wohnungsnachweise erwarten dürfen.

## Aus der Geschichte der Organisationsbestrebungen deutscher Arbeiter.

Ueber dieses Thema hielt Kollege Wilhelm Schönwälder in der Filiale Langenbiewlau unseres Verbandes einen Vortrag, dem wir folgendes entnehmen:

Die Geschichte sei immer der beste Lehrmeister. Die Anfänge und die Entwicklung der Arbeiterbewegung und der Brüdererschaften behandelnd, zeigte der Redner, wie die Handwerksgehilfen vor Jahrhunderten schon zu kämpfen hatten. Wie komme es denn eigentlich, fragte er, daß solche eigentümlichen Ergebnisse eintreten können, wie solche nach dem im Quartalsbericht geschilderten Vorkommnisse Platz gegriffen haben? (Der Redner spielte auf Streitigkeiten, die Einigkeit im Verbands zu stören, an. D. H.) Weil die Arbeiter noch vielfach nur nach dem Gefühl handeln, nicht aus Ueberlegung. Die ganzen gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse müßten dem Arbeiter Logik einpflanzen, was freilich nach dem Kriege unsehbar gesehen werde. Die Gewerkschaftsbewegung könne auf eine 50jährige Tätigkeit zurückblicken. Schon vor der Einberufung des ersten Allgemeinen Gewerkschaftskongresses 1868 durch Frizsche und v. Schweißer waren Bestrebungen vorherrschend, die Arbeiter zusammenzufassen und sie zu besserem Handeln zu bewegen. Die ganze Geschichte ist eine Geschichte der Klassenkämpfe. Im frühesten Mittelalter hat es Kämpfe gegeben, wie sie uns heute unmöglich dünken. Es wäre gut, wenn die Solidarität der Arbeiter heute so wie damals wäre. — In der Hand der Ueberlieferungen über die Streiks und Boykotts der Handwerksgehilfen, der Widerstände durch die damaligen Nachhader, auf die Junftrordnungen mit ihren draconischen Strafen kommend, würdigte Redner die großen Verdienste Karl Marx' um die Gewerkschaftsbewegung und kam auf die Einführung der Industrie auch im Gulgengebirge und den Kreisen Landeshut, Vorkenshain und damit die Entstehung der Arbeiterbewegung in unseren heimischen Bezirken zu sprechen. Durch die maschinelle Entwicklung verloren die Handwerker ihre Selbstständigkeit und wurden proletarisiert. Nachdem so die Grundlagen für die Arbeiterbewegung geschaffen waren, fand der Zusammenschluß der Arbeiter seinen Weg. Lassalle, der sich für eine Ausstandsbewegung in Crimmitschau interessierte, konnte durch seine Verbindungen mit höchsten Kreisen eine Warnung vor Zugang in die „Kreuzzeitung“ eintrüben, doch nie

wieder ist das in einer kapitalistischen Zeitung vorgekommen. Nach der Prosperitätsperiode der Industrie 1871—1873 erfolgte der Zusammenbruch des mit künstlichen Mitteln herbeigeführten Aufschwungs. Nach dem Fall des Sozialistengesetzes mit seiner brutalen Unterdrückung der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften wurden die Verbindungen der Arbeiter wieder aufgeschritten. Der Weltkrieg 1914 hat diese Entwicklung unterbrochen. Nach dem Kriege müssen wir wieder die Hand ans Werk legen und aufbauen, was der Weltkrieg zertrümmert hat. Das Unternehmertum zieht seine Lehren aus dem Kriege und wird seine Macht gegen die Arbeiter auszunützen streben. So gilt es heute schon, die Arbeiter auf den Ernst der Zeit aufmerksam zu machen. Es wird notwendig sein, aus der Gesellschaft zu lernen, denn wenn der Belagerungszustand beendet sein wird, werden die Arbeiter die Rute des Unternehmers zu fühlen bekommen. — Wogegen sie sich leidlich durch die Gewerkschaft werden schützen können, doch nur durch sie. Werden die Arbeiter und Arbeiterinnen davon Gebrauch machen?

Wir hoffen es, denn sie werden sich nicht mit der Rute des Unternehmers, die ihnen Sch. gezeigt hat, befreunden wollen. Sie haben aber nur die Wahl zwischen Gewerkschaft und Rute, ein Drittes gibt es in diesem Falle nicht.

## Aus der Textilindustrie.

**Zweifel an der Stapelfaser.** Der Verband der sächsisch-thüringischen Webereien hat sich, wie in der Sitzung der Handelskammer Greiz mitgeteilt worden sein soll, längere Zeit mit der Prüfung der neuen Stapelfaser der Vereinigten Glanzstofffabriken in Elberfeld befaßt, um die Herstellung und Verarbeitung dieser Gespinnstfaser im sächsisch-thüringischen Webereibezirk in größerem Umfang in die Wege zu leiten. Das Ergebnis ist, daß man zwar die Bedeutung der Sache an und für sich nicht verkenne, aber die großen Hoffnungen, welche die Reichsbekleidungsstelle an diese neue Ersatzfaser knüpft, in dem Umfang, wie dies geschieht — wenigstens für die nächste Zeit — nicht teile. Man hält die Erwartungen für verflücht.

★ **Zur Verwendbarkeit der Stapelfaser aus Zellulose** äußert sich laut „B. W. Z.“ der schriftliche Bericht der Verwaltung der Kammgarnspinnerei Stöhr u. Co., A.-G. in Leipzig, folgendermaßen: „Wir sind mit einigen anderen Kammgarnspinnereien von der hierfür zuständigen Kriegsgesellschaft zunächst mit Versuchen der Verarbeitung von uns zur Verfügung gestellter Stapelfaser beauftragt gewesen. Nach befriedigender Durchführung dieser Versuche erhielten wir gemeinsam mit den anderen Kammgarnspinnereien gewisse Aufträge zur Herstellung von Stapelfasergarn für Seeresbedarf. Diese Aufträge waren für unseren Betrieb von sehr mäßigem Umfang. Weitere Aufträge für den bisherigen Verwendungszweck sollen nicht mehr erteilt werden. Dagegen geht aus den Verhandlungen im Preussischen Abgeordnetenhaus vom 3. Juli d. J. und aus kürzlichen Mitteilungen des Präsidenten der Reichsbekleidungsstelle hervor, daß beabsichtigt ist, Garn aus Stapelfaser während der Kriegszeit und wohl ebenfalls in der Uebergangszeit zur Herstellung von Stoffen besonders für Volksbekleidungsziele zu verwenden. Der Optimismus, der in der Kriegsrrohstoffabteilung nach den Mitteilungen im Preussischen Abgeordnetenhaus in dieser Richtung besteht, scheint uns berechtigt zu sein, da Stapelfaser tatsächlich ein ganz erstklassiges Ersatzgarn für Wolllgarn liefert und alle anderen Ersatzgarne bei weitem übertrifft bzw. mit ihnen überhaupt nicht vergleichbar ist. Wir hoffen, daß die Verarbeitung der Stapelfaser zu Garn gerade der Kammgarnspinnerei, für die die Uebergangswirtschaft von allen Spinnindustrien die schwierigste sein wird, zufällt, da unsere Industrie aus der Stapelfaser das beste Garn herzustellen vermag und das Material spinntechnisch am meisten ausbeutet.“

★ **Ueber die Augsburger Zellulose-Gesellschaft** erfährt man folgendes: Durch Zusammenschluß von acht großen Webstofffirmen in Augsburg und Umgegend wurde die Augsburger Zellulose-Gesellschaft gegründet, die auf Grund eines Maßpinnverfahrens — System Lürk-Jbenmann — die Herstellung von Zellulosegarnen aufnehmen will. Die Anlagen werden Anfang Oktober in Betrieb kommen. Es besteht die Absicht, daß durch Zutritt von weiteren Gesellschaften und verwandter Industrien die Anlage in kurzer Zeit verdoppelt wird. Die Garne, die erzeugt werden sollen, sind vorerst für die Versorgung des Seeres bestimmt und kommen in der ersten Fabrikationszeit für allgemeinen Bedarf nicht in Frage. Bisher wurden Zellulosegarne zunächst von der Papierindustrie hergestellt und weiter verarbeitet, während sich jetzt die eigentliche Webwarenindustrie damit beschäftigt und durch Verwendung der aus Zellulosegarnen hergestellten Gewebe für Wäsche und dergleichen Kleidungsgegenstände ernste Versuche macht. Solange kein anderer Rohstoff der deutschen Textilindustrie zur Verfügung steht, werden Zellulosegarne, da die daraus hergestellten Gewebe waschbar sind, einen willkommenen Ersatz bieten; aber auch nach dem Kriege wird sich das neu eingeführte Erzeugnis eine große Reihe von Verwendungszwecken gesichert haben, die eine dauernde Herstellung gewährleisten.

★ **Die Seidenerten** sind nunmehr beendet. Frankreich weist gegenüber dem letzten Jahre ein Mehr von ungefähr zehn Prozent auf. Von Italien gebe ich folgende Aufstellung, wie sie im letzten „B. d. S.“ steht:

„Die verschiedenen Provinzen ergeben auf den Märkten folgende Ausfuhr: 1918 8 861 000 Kilogramm, 1917 7 810 000 Kilogramm, 1916 8 810 000 Kilogramm und 1915 6 880 000 Kilogramm.“

Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Ausfuhr auf den Märkten in der Regel nur ein Fünftel bis ein Sechstel der Gesamternte bilden, insofern als die größten und schönsten Partien, das Piemont vielleicht ausgenommen, von den Produzenten direkt an die Spinner verkauft werden und somit nicht auf die Märkte gelangen.

Zu erwähnen ist noch, daß es den Bemühungen der italienischen Produzenten gelungen ist, Erleichterungen in der Regulierung ihrer schweizer Käufer von der Regierung zu erlangen, so daß sich in dieser Beziehung die Verkäufe nach der Schweiz leichter und angenehmer abwickeln lassen werden.

★ **Ueber den diesjährigen Anbau von Baumwolle** in Nordamerika und seine Aussichten berichtet das Fachblatt „Commercial u. Financial Chronicle“ (New York) unter dem 21. Juni 1918: Obgleich die Anbaufläche eine größere Ackerzahl umfaßt, als jemals zuvor, sichert dies noch nicht eine entsprechend größere Ernte. Aber bei günstigem Wetter ist doch beträchtliche Vermehrung des Ertrages zu erwarten, obgleich der Boden in den

lehtergangenen drei Jahren nicht so reichlich mit Düngemitteln versehen worden ist wie vordem. Eine Ursache der neuen Pflanzzeit ist der Anbau von Baumwolle in neuen Bezirken von Kalifornien, Arizona und Neu-Mexico. Die Entwicklung der Pflanzzeit ist, wenn auch ungleich, so doch im Durchschnitt schon weiter vorgeschritten als im Vorjahre, und die Felder sind trotz des Arbeitermangels gut gepflegt worden. Der Stand befriedigt allgemein sehr. Die Anbaufläche wird auf 41 107 000 Acres geschätzt; das bedeutet Zunahme um 3,59 Proz. gegenüber dem Vorjahre. Am bemerkenswertesten ist diese in Texas; sie beträgt dort 407 000 Acres; dann folgen Alabama mit einer Zunahme von 349 000 Acres, Mississippi mit 282 000, Oklahoma mit 183 000, Louisiana mit 99 000, Süd-Karolina mit 85 000, Georgia mit 55 000, Kalifornien usw. mit 47 000 Acres. Eine Abnahme der Anbaufläche ergibt sich nur in Nord-Karolina um 34 000 Acres, Florida 29 000 und in Tennessee um 17 000 Acres.

Späteren Arbeitsbeginn verlangen die Arbeiterinnen im Bereich des Webereiverbandes Vera. Sie wollten vom 1. August dieses Jahres an statt um 6 Uhr erst um 7 Uhr morgens mit der Arbeit beginnen. Die russische Regierung hatte schon unseren Verbandsvertreter Ende Juni versprochen, sich dafür bei den Unternehmern verwenden zu lassen, nach Verlauf eines Monats war aber noch alles beim alten. Ende Juli sollten nun die Arbeiterausschüsse die Forderung erheben.

## Besonderes für unsere Frauen.

### Das Urteil einer Frau über das Wahlrecht in Frankreich.

Dem französischen Senat liegt ein Antrag des Senators Martin vor, der die Verleihung des Wahlrechts an die Frauen befürwortet. Ueber die Aussicht der Vorlage äußerte sich die bekannte Führerin der französischen Stimmrechtsbewegung, die Advokatin am Appellationsgericht, Marie Bernon, wie folgt: „Ich glaube, daß die Mehrheit der französischen Frauen unerschütterlich zum Republikanismus steht. In den Familien, wo bisher schon Verhältnisse der politischen Auffassung bestanden, wird die Kluff sich nicht vertiefen, weil jetzt jedes Familienglied die Möglichkeit haben soll, seiner politischen Ueberzeugung gemäß, ohne auf den anderen angewiesen zu sein, sich vertreten zu lassen. Ich bin überzeugt, daß das Frauenstimmrecht dazu beitragen wird, Wesen und Sitte der Gesellschaft zu heben. Um ein Beispiel zu nennen: Wie die skandinavischen Frauen, die Finnländerinnen, Amerikanerinnen und Australierinnen, werden auch die Französinnen nicht ruhen, bis das Gesetz gegen den Mißbrauch des Alkohols unter Dach gebracht ist, was das französische Männerparlament bisher noch nie ernsthaft zu diskutieren wagte. Denn ich hoffe doch stark darauf, daß die Frauen nicht nur Wählerinnen, sondern auch wählbar sein werden. Die Frauen sind durch den Krieg eine Macht geworden, die man nicht genügend einzuschätzen gelernt hat, die aber schwer zu überwinden sein wird. Stellen Sie sich nur z. B. vor, wenn die Ablehnung der Frauenstimmrechtsvorlage durch einen allgemeinen Streik der Munitionsarbeiterinnen beantwortet würde. Natürlich werden sie das nicht tun. Ich habe wenigstens immer den Frauen den Rat gegeben, von solchen Schritten abzusehen; weil ich der Ueberzeugung bin, daß die Verteidigung des Landes eben jede andere Idee in den Hintergrund drängen muß. Aber ich hoffe sehr, daß die Gesetzgeber den Frauen des Landes die Anerkennung ihrer harten Arbeit für das Vaterland nicht verjagen und ihnen die erwünschten Rechte und die Gleichstellung mit dem Manne gewähren werden.“

### Eine Todesanzeige.

Genosin Anna Bloß schreibt über die vielen Todesanzeigen, die jetzt täglich die Zeitungen füllen: Immer wiederkehren die gleichen Wendungen. Und doch fand ich dieser Tage eine Anzeige, die anders lautete als die vielen, die in den langen Kriegsmoaten erschienen. Es gehörte Mut zu dieser Anzeige. Vielleicht mutete sie deshalb so besonders rührend an:

Nach zweieinhalbjährigem Kämpfen verschied nach sechszehntägigem Krankenlager in einem Kriegs-Lazarett in Frankreich mein lieber Bräutigam, der treue Vater meines Kindes. Mit ihm ging ein treues Herz von uns, das wir nie vergessen werden.

Unterzeichnet war der Name der Braut mit ihrem Töchterchen Trudchen. Eine ganze traurige Geschichte spricht aus dieser Anzeige. Das Paar hatte wohl keine Möglichkeit, sich kriegsstraßen zu lassen. Vielleicht hatten hartherzige Eltern die Heirat nicht dulden wollen, vielleicht sollte die Heirat bei dem nächsten Urlaub stattfinden. Der Fall an sich ist ja nicht vereinzelt. Daß die Braut aber den Mut fand, sich öffentlich zu dem Verstorbenen zu bekennen, das ist ein seltener Fall. Niemand soll glauben, daß er seine Pflichten an ihr und ihrem Kinde zu erfüllen versäumt hat. Sie rühmt sein gutes, edles Herz, den treuen Vater des Kindes. Das Kind trägt den Namen des Vaters nicht, aber diese Mutter wird dafür sorgen, daß sein Andenken dem Kinde heilig ist. Vielleicht gibt es auch heute noch Sittenrichter, die an dieser Anzeige Anstoß nehmen. Wiesen wird es aber doch vielleicht gehen wie mir, die das Schicksal dieser ungetrauten Mutter erschüttert und die den aufrechten Mut bewundern, mit dem sie sich zu dem toten Bräutigam bekemnt.

## Berichte aus Fachkreisen.

Barmen-Dahlrau. Eine Belegschaftsversammlung der Webereifirma Joh. Wülfing u. Sohn, hier, fand kürzlich hier statt. Lebhaft waren die Klagen über geringe Verdienste, die bei der steigenden Feuerung immer unzureichender werden. Leider war die Versammlung nur schwach besucht, so daß irgendwelche Schritte zur Aufbesserung der Löhne vorerst nicht eingeleitet werden konnten. Der Grund des geringen Verdienstes wie auch des schwachen Versammlungsbefuchs ist in der ungenügenden Organisationszugehörigkeit zu suchen. Das Klagen und Jammer hilft aber nichts, man muß Hand anlegen. Sollen sich die Zustände bessern, so muß in erster Linie mit allen Kräften dahin gewirkt werden, daß sich die Arbeiter reßlos organisieren. Dann wird auch die notwendige Einigkeit und das Vertrauen in die eigene Kraft eintreten. Das Bestehefste ist aber, daß einzelne, unter Berufung auf die mangelnde Einigkeit, der Organisation selber den Rücken kehren, anstatt ihr andere Mitglieder zuzuführen. Dabei werden die Zustände immer elender werden und an Abhilfe kann dann überhaupt nicht mehr gedacht werden. Darum hinein in die Organisation! Dann werden in kurzer Zeit bessere Zustände geschaffen werden können.

Hamburg. Am 3. August fand im Gewerkschaftshaus unsere halbjährliche Generalversammlung statt. Bei Eröffnung wurde zu-

nächst der verstorbenen und gefallenen Mitglieder gedacht. Der gegebene Kassenbericht wurde gut aufgenommen und dem Kassierer Entlastung erteilt. Dann nahm die Versammlung einstimmig folgenden Antrag an:

„Die heute, den 3. August 1918, tagende Generalversammlung wolle beschließen, daß durch die Ortsverwaltung beim Zentralvorstand beantragt wird, daß baldmöglichst eine Verbands-generalversammlung einberufen werde, die sich mit der Neuregelung der Verbandsbeiträge, der Unterstützungen und dem Ausbau des Statuts befaßt.“

Ferner wurde noch folgender Antrag angenommen:

„Die heute, den 3. August 1918, im Gewerkschaftshaus zu Hamburg tagende Generalversammlung beschließt, für unsere Filiale einen oder zwei Beiratskassierer fest anzustellen und ein- oder zweiwöchentlich kassieren zu lassen. Die Ortsverwaltung ist berechtigt, Mitglieder, die sich für einen solchen Posten eignen, anzustellen, jedoch ist dabei auf die Dauer der Mitgliedschaft Rücksicht zu nehmen und müssen die Beiratskassierer mindestens zwei bis drei Jahre organisiert sein. Die Entschädigung der Beiratskassierer erfolgt vornehmlich nach Prozenten und darf nicht niedriger sein als das Kassieren kurzezeit entschädigt wird. Im „Textilarbeiter“ wird eine solche Stelle nicht ausgeschrieben.“

Kollege Frauböse gab bekannt, daß von uns bei den Textilkommissionen beantragt worden ist, sämtliche Unterstützungsätze auf 50 Proz. zu erhöhen. Dieser Antrag sei angenommen worden und am 3. August sei der erhöhte Unterstützungsatz bereits zur Auszahlung gelangt. Auch für Mitteln und für Schiffbau sei der gleiche Antrag gestellt und werde demnächst beraten werden. Jetzt erhalte eine alleinstehende Person 17,50 Mk. Unterstützung die Woche. Kollege Angilichat hielt dann einen Vortrag über das Organisationsleben der Textilarbeiter in Loda. Im treffenden Worten schilderte er die Zustände und das Bedürfnis nach Organisation. Er erntete den verdienten Beifall. Von einer Diskussion wurde abgesehen.

Langenbielan. Die Quartalsversammlung unseres Verbandes hier am 31. Juli ehrte das Andenken der 11 im zweiten Vierteljahr verstorbenen und 4 auf den Schlachtfeldern gefallenen Kollegen in hergebrachter Weise. Der Kassierer Kollege Scholz brachte in seinem Kassenbericht über eine befriedigende Entwicklung im Geldwesen der Filiale berichten und eine Erhöhung des Kassierenbestandes gegenüber dem 1. Quartal d. J. um 627,16 Mk. feststellen. Der dumpfe Druk der Kriegsnöte läßt bei den der Organisation fernstehenden Textilarbeitern den Blick für den Ernst der Zeit zu ihrem Schaden vermissen, weshalb sich die Mißliebhaberbewegung weniger befriedigend gestaltete. Die Kriegsschloße treibt auch schon forderbare Mitten; gab doch eine Kriegserwinde als Grund ihres Austritts an, sie wäre durch den Tod ihres Mannes in Folge um eine Erfahrung reicher geworden. Die bedauernswerte Frau scheint demnach die Gewerkschaft für den Bitterkrieg und seine Folgen verantwortlich zu machen. Dagegen war festzustellen, daß durch die Werbetätigkeit einer Kollegin allein 20 neue Mitglieder im 2. Quartal gemonnen wurden. Im Hinblick auf die Lage der Textilarbeiterchaft in der Gegenwart müssen sich recht viele Mitglieder an der Ersparung der Gewerkschaften verbündet betätigen. Die Organisierung der Textilarbeiter, hier wiederum der Frauen und Mädchen, wird in der kommenden Zeit eine immer bitere Notwendigkeit werden. Für die Werbetätigkeit als Vorbereitung für die Uebergangswirtschaft sei immer wieder daran erinnert, daß von der Filiale am Orte 688 Kollegen zum Heere eingezogen sind, von denen bereits 74 unterm Rufen in fremder Erde ruhen. Von 26 als zurückgelehrt festgestellten Kollegen haben sich 17 wieder der Organisation angeschlossen, weil sie wieder im Beruf beschäftigt sind. Kollege Scholz ging auf das Eingreifen der Gewerkschaft zum Besten der Textilarbeiterchaft im 2. Quartal besonders ein, das manche Erfolge aufzuweisen habe: erfolgreiche Weidwerden in Lohnfragen, Verbesserung der Gewerkschaftsorganisation, Befreiung von Schwierigkeiten bei der Erlangung der Gewerkschaftsmitgliedschaft für die wegen Arbeitsmangels entlassenen Textilarbeiterinnen usw. Eine Erleichterung nach dieser Richtung hat auch die Errichtung einer Nebenstelle des Kreisarbeitsnachweises am Orte gebracht. Nun haben die Betriebe, die zu mehr als 75 Proz. beschäftigt sind, die zu zahlenden Fürsorgebeiträge allein zu tragen. Sonderbarerweise ist es schon vorgekommen, daß arbeitlosen Arbeiterinnen mit Kindern trotz vorhandener offener Stellen gar nicht eingestellt wurden. So wurde in einem Betriebe einer nach Arbeit fragenden Arbeiterin mit zwei Kindern gesagt: „Wenn Sie keine Kinder hätten, ganz gerne!“ — Solche und ähnliche Fälle müssen zu schlimmen Zuständen führen. Die Entlohnung bei Mantner führte mehrmals zu Streit, wie auch in neuerer Zeit die Weber über niedrige Löhne für einzelne Artikel klagen. Es sollen im Monat Löhne von nur 10 Mk. wegen zu schlechten Materials verdient werden; die Gewährung einer Vergütung oder Entschädigung wird aber abgelehnt. Es ist wahrlich kein Wunder, wenn solche Arbeitsverhältnisse zu unheimlichen Zusammenstößen zwischen Firma und Arbeiterchaft führen. — Es mußte des Weiteren vom Vorsitzenden, Kollegen Haderich, und vom Kassierer Scholz auf das Verhalten von benutzten organisationsfördernden arbeitenden Elementen eingegangen werden. Wegen der Arbeitsniederlegung vor einiger Zeit, an der die Organisation nur zur Wiederbelebung herabenden Anteil gehabt hatte, sollte die Gewerkschaft dem Prügeln abgeben. Von Elementen, die sich über die Ursachen einer allgemeinen Skalamität und die Möglichkeit zu deren Befreiung eine falsche Vorstellung machten, wurde eine schäbige Propaganda gegen Veranstaltungen der Gewerkschaft entfaltet. Mit Entzückung nahm die Versammlung das die gesamte Arbeiterchaft schädigende Treiben zur Kenntnis und es wurde nur bedauert, daß die augenblicklichen versammlungsbefreienden Verhältnisse nicht zulassen, in anderer Weise den nur mit dem Denken entfernenden Umtrieben öffentlich entgegenzutreten. Wenn von der anderen Seite fälschlicherweise die Anlage der Verleugung der Arbeiter erhoben wird, sollte man doch wirklich vermeiden, die so notwendige Einigkeit in der Arbeiterchaft zu töden. — Zu einem seltenern Ereignis gestaltete sich die Versammlung durch den überaus lehrreichen Vortrag des Redakteurs und Parteisekretärs Kollegen Wilhelm Schönwälder über: Aus der Geschichte der Organisationsbestrebungen deutscher Arbeiter. Der Redner fand dankbare und aufmerksame Zuhörer.

Minden (Westfalen). Durch die hiesige bürgerliche Presse werden für die Kunststoffabrik von Robert Koll Arbeiterinnen zu hohen Löhnen gesucht. Durch die Verhältnisse gezwungen, fühlen wir uns veranlaßt, diese Arbeitergeheusche ins recht Licht zu rücken. Im Frühjahr kam es wegen Lohnreduktionen zu Arbeitsentlassungen. Seit dieser Zeit haben sich die Arbeiter ihrer Organisationspflicht erinnert, und das ist es wohl, was es dem Herrn Koll angetan hat. Herr Koll erklärt, er brauche keinen Verband. Dabei fällt es ihm gar nicht ein, seinen Austritt aus dem Arbeitgeberverband zu erklären. Er könne es jetzt auch laun, da sein Betrieb als Hochleistungsbetrieb anerkannt ist und die Besitzer solcher Unternehmen schon vor langer Zeit veranlaßt wurden, sich zusammenzuschließen. Die Arbeiter der Kunststoffabriken veranlaßt in letzter Zeit die Vertretung der Organisation, verschiedene Wünsche an die Firma gelangen zu lassen. In dieser Sache haben wohl schon wiederholt Verhandlungen mit dem Arbeiterauschuß stattgefunden, zu einem befriedigenden Ergebnis ist man bisher noch nicht gelangt. Es scheint, daß man diese Sache künstlich in die Länge zieht. Nun beginnt man auch noch den Kampf gegen die Arbeiterorganisation. Obwohl der Betrieb ganz gut besetzt ist, werden Arbeiterinnen gesucht. Die Neuanfänger werden gehörig ausgefragt, und dann verlangt man die Unterschrift, daß sie (die Anfänger) sich nicht organisieren oder aber aus dem Verband austreten wollen. Unter solchen Umständen braucht man sich nicht zu wundern, daß immer wieder Arbeiter gesucht werden. Die

Firma sollte sich nur nicht um die Privatverhältnisse ihrer Arbeiter kümmern, dann hätte sie stets genug Arbeiter.

Regisbrunn. Am Sonntag, den 4. August, beging die Filiale Wylau-Regisbrunn unseres Verbandes ihren 25jährigen Stiftungstag mit einem dem Ernst der Zeit entsprechenden Feiern im „Bayerischen Hof“ in Regisbrunn. Ueber 600 Kollegen und Kolleginnen hatten sich eingefunden, und viele mußten noch wegen Mangels an Platz wieder umkehren. Der Begrüßung, in der auch der Kollegen gedacht wurde, die gezwungen waren, durch den Krieg fern von uns zu weilen, folgten Konzerte, Rezitationen, Reigen, Theateraufführungen. Die Festrede hielt Kollege Adham Dretschneider aus Vera. „Des Webers Traum“ stellte die Belegenaufführung dar. Die Antisepeden wurden zurückversetzt in eine alte Handwebewohnung, wo der Mann am Handweberstuhl und die Frau am Spulrad saß. Infolge der überlangen Arbeitszeit, die die niedrige Entlohnung der früheren alten Handweber mit sich brachte, schloß der Weber im Wehrstuhl und die Frau am Spulrad ein. Da erschienen 18 junge Mädchen in wunderschönen Kostümen und Schleiern in der alten Handwebewohnung und führten einen anmutigen Reigen auf. Während der Aufführung erwarnten die alten Leute und schwanten, daß es im Leben auch noch etwas anderes gebe, als wie Tag und Nacht hinter dem Wehrstuhl und Spulrad zu sitzen. Das aufgeführte Theaterstück „Kocher der Arbeit“ zeigte den Armenmenschen, wie es manchmal in einem Fabrikbetrieb zugeht und wie man die sozialen Mißstände der Arbeiterchaft mit salbungsvoller Wohl-tätigkeit zu überbrücken versucht. — Die Erinnerung an das schöne Fest wird bei allen Teilnehmern sicher noch lange nachwirken.

Sommerfeld. Wenn wir an die Lage der Lohnbewegung von 1906 zurückdenken, dann berührt es uns eigenmächtig. Wie herrlich standen wir doch damals da: unsere Reihen waren voll. Wir alle waren erfüllt von dem Bewußtsein, in der Gewerkschaft das Mittel gefunden zu haben, das uns endlich ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen würde. Mit Ausbruch des Krieges hat sich nun vieles geändert. Ein großer Teil unserer Kollegen ist zum Heeresdienst eingezogen, ein großer Teil von Kolleginnen hat unser Ort verlassen und in der Munitionsindustrie Beschäftigung gefunden. Unsere Aufgabe ist es, diese Lücken auszufüllen, die der Krieg in unsere Reihen gerissen hat. Ueberall ist man dabei, die Organisation auszubauen, bessere Wohnverhältnisse zu schaffen. Unsere Kollegenchaft in Sonau hat vor wenigen Tagen erst einen schönen Erfolg errungen. Auch unseren Unternehmern sind Lohnforderungen unterbreitet worden. Unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind die denkbar schäblichsten, weil so viele sich uns noch nicht angeschlossen haben. Freilich werden manchmal die Augen geöffnet werden durch Vorgänge wie die Behandlung der Arbeiterin G. durch den Spinnmeister W. im Leinwand-Betriebe. Das ist aber auch notwendig, wenn unser Verband auch hier seinen Zweck mehr erfüllen soll. Darum, alle heran zur Arbeit! Führt alle uns nach fernstehenden dem Textilarbeiterverbände zu, dann wird es auch endlich in unserm Orte vorwärts gehen.

Spremsberg i. L. Am 8. August fand hier eine Mitglieder- versammlung im „Bürgerhaus“ statt. Nach Eröffnung der Versammlung gedachte der Vorsitzende zweier verstorbenen Kollegen in ehrender Weise. Dann berichtete Kollege Diegel, daß das Gewerkschaftsstatut die Beteiligung an der Rudenberffspende und einen Antrag, eine Ortsgruppe des Bundes „Für Freiheit und Vaterland“ zu gründen, abgelehnt habe. Die Ernählung werde für die arbeitende Bevölkerung immer schwieriger; während in den letzten Wochen Kartoffeln überhaupt aber nur schwer in kleinen Mengen beschafft werden konnten, wurde von einem Vertreter berichtet, daß noch jetzt ein Tuchfabrikant genug alte Kartoffeln besitze und die Ueberschüsse an besserbemittelte Kreise verkaufe, während Arbeiter nichts bekamen. Aus diesem Anlaß beschloß das Kartell, beim Magistrat zu beantragen, die Rechte des Ernährungsausschusses dahin zu erweitern, daß es demselben möglich werde, in ähnlichen Fällen sofort eingzugreifen. Der Bericht wurde ohne Diskussion zur Kenntnis genommen. — Weiter besprach Kollege Diegel die Krise in der Tuchbranche und ihre Folgen für den Verband.

Zu Delegierten zur Tuchkonferenz in Leipzig wurden die Kollegen Bertz Jähnchen und der Geschäftsführer Diegel gewählt. Bestenfalls längere Ausführungen über Schaffung von lindenlosen Tarifen in der Tuchindustrie. — Weiter gab der Geschäftsführer bekannt, daß am 23. Juli in 15 Betrieben in den Verbandsberufsanstellungen beschlossene Lohnforderungen von 50 Proz. von den Arbeiterauschüssen bei den Unternehmern eingereicht wurde. Bezüglich der Gewährung der Textilarbeiterlohnfürsorge in den Stadtgemeinden ist noch zu bemerken, daß in einer Anzahl ländlicher Gemeinden das auf diese entfallende Zwölftel von der Arbeiterchaft wieder zurückgefordert wurde; mer diesen Betrag zurückzahlen sich weigerte, bei dem wurde die Bedürftigkeit verneint. Unsere Filialberufsanstellung erhob dagegen beim Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. Beschwerde. Darauf ist den beteiligten Gemeinden verboten worden, das auf die Gemeinde entfallende Zwölftel weiter zu erheben, und der zu Unrecht erhobene Betrag mußte in einer Anzahl Gemeinden wieder zurückerstattet werden; nachdem wurde dadurch eine ansehnliche Summe wieder zugeführt, die für ihn ohne das Eingreifen des Verbandes verloren gewesen wäre. Wieder ein Beispiel von dem Nutzen der Gewerkschaft.

# Verbandsanzeigen.

## Bekanntmachungen.

Vorstand.  
Sonntag, den 18. August, ist der  
33. Wochenbeitrag fällig.  
Adressänderungen.  
Gau 9. Müncheberg, V.:  
Joh. Laubald, Kirchenkammer  
Straße 43. K: G. Thierauf,  
Ludwigstr. 17.  
Totenliste.  
Gestorbene Mitglieder.  
Abort i. S. Rosa Sesselmann,  
Spinnerin, 28 J., Lungen-  
schwindsucht.  
Chemnitz, Ernst Emil Weiß,  
Spinner, 28 J., Schlaganfall.  
Lina Müller, Arbeiterin, 87 J.,  
Lungenüberkuloje. — Anna  
Ebert, Spulerin, 88 J.  
Glauchau, Elsa Hadenstein,  
Spinnereiarbeiterin, 21 J.  
Großschönan, Richard Tisch,  
Silberarbeiter, 21 J., Lungen-  
entzündung.  
Hamburg (Bez. Harburg), Gust.  
Paul, Arbeiter, 62 J., Darm-  
verschlingung.

Langenberg (Neuh.). Ernst Entke,  
78 J., Herzschlag.  
Langenbielan, Adolf Faul,  
Weber, 62 J., Lungenerkrankung.  
Delsnig i. S. Anna Schneider,  
Arbeiterin, 22 J.; Elsa Casch,  
Arbeiterin, 17 J., Unfall (ver-  
brannt).  
Reichenbach i. S. Hermann Leh-  
mann, Weber, 60 J., Lungen-  
entzündung.  
Sagan, Arthur Apelt, Lungen-  
krankheit. Anna Balzer, Lun-  
genkrankheit. Willi Koll, Lun-  
genkrankheit. Paul Grämig,  
Lungenkrankheit.

Im Felde gefallene oder in-  
folge des Krieges gestorbene  
Mitglieder.

Frankenberg, Rich. Höpner,  
27 J.  
Greiz, Alfred Ott, Appretur-  
arbeiter, 24 J. Ernst Reichl,  
Färber, Ambschhal, 26 J.  
Kreftel, Armandus Garbormi,  
Färber, 26 J.  
Limbach i. Sa. Max Paul Vogel,  
Bitzer, Langenberg, 82 J.  
Ehre ihrem Andenken!

Redaktionschluss für die nächste Nummer Sonnabend, den 17. August.

Verlag: Carl Köhler. — Verantwortlich für die mit dem vernehmen Artikel  
herausgegebenen, für alles andere Paul Wagner. — Druck: Hermann  
Schröder und Verlagsanstalt Carl Singer & Co. — Druck: Hermann  
Schröder.

Geleiene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.